



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



9 / 2009

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

27. September 2009 Wählen gehen!

ERSTSTIMME +++ KERSTIN NEDOMA +++ LISTE 2 +++ ERSTSTIMME +++ KERSTIN NEDOMA +++ LISTE 2

Liebe Leserinnen und Leser,
mit jedem Tag rückt die Entscheidung näher, wer zukünftig die Region von Guben/Forst über Jänschwalde und Peitz bis Maust als direkt gewählte(r) Landtagsabgeordnete(r) in Potsdam vertreten wird. Ja, mit Ihrer Entscheidung über Ihre Erststimme haben Sie es in der Hand, welche Politikansätze die Landespolitik zukünftig ausmachen werden. Ich kann Ihnen versichern, dass ich aus meiner fast zwanzigjährigen Erfahrung als ehrenamtliche Kommunalpolitikerin in der Stadtverordnetenversammlung und dem Kreistag weiß, dass es darauf ankommt, für die Menschen mit ihren alltäglichen Hoffnungen und Sorgen immer vor Ort ansprechbar zu sein und nicht nur in den Wochen vor den Wahltagen. Die Belange der Menschen ernst zu nehmen und mit ihnen ge-

meinsam nach Lösungen zu suchen, das ist mein Anspruch, und nicht Versprechungen zu geben, die sich nach dem Wahltag wieder in Schall und Rauch auflösen. Die Forderungen nach einem besseren Bildungssystem sind politisch durchsetzbar, wenn man es denn möchte. Klassenstärken von 24 Schülern und wohnortnahe Schulstandorte sind dazu ein erster Schritt. Auch beim Einsatz von Fördergeldern sind nicht nur die Branchenriesen zu fördern, sondern kleine und mittlere Betriebe und landwirtschaftliche Strukturen sind zu unterstützen, denn sie sichern die Arbeitsplätze vor Ort. In den letzten Jahren sind viele Entscheidungen in Potsdam gefällt worden, die an den Realitäten hier in der Lausitz vorbeigingen. Das muss sich ändern. Aus diesem Grund ist es an der Zeit, dass neue Leute in den Landtag einziehen. Mit Ihrer Erststim-

me für mich, Kerstin Nedoma, entscheiden Sie sich für einen neuen Politikansatz auf Landesebene. Ich kann Ihnen versichern, dass ich wie bisher stets die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt meines Handelns stelle. Eine Politik, die zu Lasten der Bevölkerung geht und nur einigen wenigen zu Gute kommt, wird es mit mir nicht geben. Mein politisches Handeln ist konsequent und original sozial, nicht nur am Wahltag und in den Wochen davor, sondern tagtäglich. Aus diesem Grund bitte ich Sie um Ihre ERSTSTIMME, denn Ihr Vertrauen ist mir Verpflichtung!



Kerstin Nedoma

Spruch des Monats

»Es ist besser, ein Licht anzuzünden, als über die Dunkelheit zu schimpfen.«

Aus China

Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland am 30.08.09

In einem ersten Interview äußerte sich Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, am Abend des 30.08.09 wie folgt: *»Ich sehe unsere Partei als Siegerin des Abends. Der heutige Tag bringt uns richtig weiter nach vorn. Jetzt gibt es eine realistische Chance für einen Politikwechsel im Saarland und in Thüringen.«*

Damit es im Land gerecht zugeht

Die Bundestagswahl am 27. September rückt immer näher. Es ist eine wichtige Wahl im Schatten der Krise. Die Wirtschaftskrise ist die Folge einer gigantischen Umverteilung des Wohlstandes von unten nach oben. Die Brandstifter dieser Politik betätigen sich nun als Feuerwehr. Den Finanzkrisen der arbeitenden Menschen und der sozial Ausgegrenzten treten sie nicht entgegen. DIE LINKE ist die einzige Kraft, die dieser Ungerechtigkeit etwas entgegensetzen kann: in Forst, im Land Brandenburg und natürlich im Deutschen Bundestag. Denn dort werden die sozial- und arbeitspolitischen Rahmenbedingungen geschaffen, mit denen man hier vor Ort zurechtkom-

men muss. – Diese Rahmenbedingungen sind es, die heute verantwortlich sind für schlecht bezahlte Arbeit, konstant hohe Arbeitslosigkeit und eine immer schlechter werdende Versorgung in Gesundheit und Bildung. Diese Rahmenbedingungen führen zu Perspektivlosigkeit und Abwanderung. Auch aus unserer Region. Hier in Forst können die Bedingungen nicht für das ganze Land geändert werden. Aber hier haben die Menschen viel Stärke bewiesen. Sie haben im letzten Jahr mit dem Bürgerbegehren gezeigt, dass es ihnen nicht egal ist, was mit ihrer Stadt passiert. Sie haben Druck gemacht und gezeigt, dass die Mehrheitspolitik nicht machen kann, was sie will.

Ich will im Deutschen Bundestag als direkt gewählter Abgeordneter dafür kämpfen, dass auch auf Bundesebene Druck gemacht wird. Druck für einen grundsätzlichen Kurswechsel. Nur mit einer starken LINKEN ist ein Kurswechsel zu einer gerechten Politik für die Menschen machbar. Jeder unserer Abgeordneten ist eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit, für menschenwürdige Löhne und Renten. Sie, die Wählerinnen und Wähler, entscheiden, ob das Ziel einer gerechten Gesellschaft Wirklichkeit werden kann. Bitte machen Sie von Ihrem Wahlrecht guten Gebrauch.



Ihr Wolfgang Nešković

Schorschels Stadtgeflüster

zog sich in andere Anlagen zurück ...«, aber ich lasse lieber die Johann Wolfgang'sche Reimerei und sage erst einmal: *Hallo, liebe Malxe-Blatt-Leser.*

Natürlich soll man Erfolge feiern, wie sie fallen. Aber ist es wirklich ein Erfolg, oder wurde das Problem nur im wahrsten Sinne des Wortes aus uns'rem Gesichtsfeld gerückt!? Einige ganz Pfiffige verkünden nun, jetzt säßen diese Hopfenfreunde schon am Mühlgraben, bald auf den Neißewiesen und dann ... nimmt man eigentlich in Polen auch unser Leergut an!? Die etwas ängstlicheren Mitbürger befürchten, dass als nächstes die Hartz-IV-Empfänger mit einem Promenade-Verbot belegt werden könnten, aber das sind nur Gerüchte und reine Spekulationen.

Wenden wir uns deshalb lieber ernsthaft der Qual der Wahl zu.

»Von Bierflaschen befreit sind der Promenade Flächen, durch des Ordnungsamtes strengen, belehrenden Blick. So mancher Trinker in seiner Schwäche

Vor allem sollen hier für uns Wähler noch ein paar »Grundwahrheiten« genannt werden:

- **Wahlversprechen werden von den gewählten Abgeordneten immer eingehalten**
- **die FDP ist ein Garant dafür, dass alle gleiche Bildungschancen bekommen**
- **Hartz IV ist ein Erfolg und beweist die soziale Kompetenz der SPD**

•

• **und das Wichtigste zum Schluss: die Erde ist eine Scheibe!**
Nutzen wir also die Chance, die wir alle paar Jahre haben, gehen wählen und hören nicht auf Klatsch und Tratsch, wie zum Beispiel, dass unser Drosselweg-Minister jetzt Fotomodell und Alleinunterhalter sei und von Veranstaltung zu Veranstaltung tingle bzw. als Backgroundsänger bei den Puhdys mitmische. Das ist Quatsch, er ist nach wie vor in Amt und Würden und in Potsdam zu finden – zumindest bis zum 27. September.

Tschüss, Euer *Schorschel*

15 Schlüsselvorhaben für eine andere Politik

DIE LINKE macht sich stark für gute Arbeit, gute Löhne und eine stabile Wirtschaft.

Wir wollen Brandenburg sozial und ökologisch erneuern. Dazu gehören:

1. ein Landesvergabegesetz, damit der Zuschlag bei öffentlichen Aufträgen an tarifliche und soziale Mindeststandards gebunden wird.
2. ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS), der mindestens 15 000 sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze schafft.
3. ein Mikrofinanzierungsprogramm und Start-up-Fonds für Kleinunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten. Das sind 95,6 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Brandenburg.
4. ein Aktionsbündnis zur Vermarktung von Qualitätsprodukten der brandenburgischen Landwirtschaft auf dem Berliner Markt.
5. der Vorrang für erneuerbare Energien. Perspektivisch ist es möglich, die Stromerzeugung im Energieland Brandenburg zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzustellen.
6. die Renaturierung der verbliebenen Militärbrachen. Das vermindert noch vorhandene Bedrohungen für Menschen und Umwelt, befreit Naturraum von militärischer Nutzung und erschließt neue wirtschaftliche Felder.

DIE LINKE setzt sich für soziale Sicherung und die Bekämpfung von Armut ein. Wir wollen bessere Lebensbedingungen für Kinder und bezahlbare Lebensumstände für alle. Dazu gehören:

1. ein Sozialticket, das Beziehen von Arbeitslosengeld II und niedrigen Einkommen die Nutzung des öffentlichen Regionalverkehrs im Raum Berlin-Brandenburg zum Preis von 45 Euro pro Monat ermöglicht;
2. eine Initiative zur armutsfesten Grund-

sicherung für Kinder, denn in Brandenburg wächst inzwischen jedes vierte Kind in Armut auf.

DIE LINKE setzt auf gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an. Deshalb wollen wir:

1. keine Schulklassen im Land mit mehr als 24 Schülern und einen besseren Betreuungsschlüssel in den Kitas. Je kleiner die Gruppen und Klassen, desto mehr persönliche Zuwendung, menschliche Wärme und schulischer Bildungsfortschritt.
2. die Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen, denn Kita und Schule müssen Orte des Lernens und des Lebens sein.
3. die Schülerbeförderung grundsätzlich elternbeitragsfrei gestalten. Sie ist als Landesaufgabe zu finanzieren.
4. ein novelliertes Musikschulengesetz, das eine langfristige durch Verträge gesicherte Arbeit der Musikschulen gewährleistet.

DIE LINKE setzt sich ein für ein gutes Leben in allen Regionen. Sie will mehr direkte Demokratie, den Rechtsstaat stärken und Toleranz leben. Deshalb wollen wir:

1. die kommunale Zusammenarbeit stärken, damit Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage gemeinsame Projekte realisieren können, z.B. bei Wasser und Abwasser, dem Betrieb einer Schule oder Kindereinrichtung oder beim ÖPNV.
2. mehr Rechte für den Datenschutz und eine starke Behörde, die bürgerfreundlich und transparent arbeitet.
3. eine stabile Struktur und Beständigkeit für die Oderpartnerschaft. Ziel ist eine lebenswerte europäische Region an Oder und Neisse.

Wir wollen einen Politikwechsel in Brandenburg! So kann er beginnen! Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!
Das ganze Wahlprogramm der LINKEN in Brandenburg unter: www.brandenburg-waehlt-rot.de

Wir sind all hier

Die Grünen wollen jetzt auch die Reichen zur Kasse bitten. Frei nach »Hase und Igel« erklärt dazu der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch:

Es ist gut, wenn immer mehr Parteien Vorschläge der LINKEN aufnehmen. Jetzt haben die Grünen die Zeichen der Zeit erkannt und wollen die Reichen zur Kasse bitten. Allerdings nur ein bisschen und mit einer zeitlich befristeten, einmaligen Vermögensabgabe, mit der zweckgebunden die Kosten zur Bewältigung der Krise getilgt werden sollen. Das ist inkonsequent. Die Steuern für Best- und Besserverdienende und große Unternehmen wurden in den vergangenen zehn Jahren massiv gesenkt. Dank der damaligen rot-grünen Bundesregierung zahlt ein Einkommensmillionär heute jährlich über 100.000 Euro

weniger Steuern als Ende der 90er-Jahre. Deshalb fordert DIE LINKE eine fünfprozentige Millionärssteuer auf Privatvermögen ab einer Millionen Euro.

Wer wie DIE LINKE verhindern will, dass Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Rentner und Familien nach der Bundestagswahl die Zechen für die Krise zahlen, der muss das Steueraufkommen dauerhaft und sozial gerecht erheblich erhöhen. DIE LINKE fordert ein gerechtes Steuersystem, das kleine und mittlere Einkommensbezieher entlastet und Vermögende und steuerlich Leistungsfähige stärker belastet. Auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzern-Gewinne müssen höhere Steuern gezahlt werden. Ein bisschen Millionärssteuer reicht nicht aus, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu finanzieren.

Großer Sieg für die SPD !?



Bereits sechs Wochen vor Landtags- und Bundestagswahl haben die Sozialdemokraten in Forst einen überzeugenden Sieg errungen. Woidke, Reiche und Co., genauer gesagt, ihre Bilder haben sämtliche Straßenlaternen der Stadt besetzt. Inhaltliche Aussagen findet man dabei kaum. Was aber soll und kann schon jemand versprechen, der seit fast zwanzig Jahren im Lande an der Macht ist und es krampfhaft bleiben will!

Also setzt man lieber weiter Unwahrheiten in die lokale politische Welt. Minister Woidke behauptet doch immer noch, dass unsere Stadtwerke bei ihrem Verkauf pleite waren. Wie das fast verkaufte »Pleite«-Unternehmen dann im gleichen Jahr schon wieder beachtliche Gewinne zugunsten der GASAG erwirtschaften konnte, bleibt sein Geheimnis. Zurzeit denken Vattenfall und EON darüber nach, ihre Anteile an der GASAG zu verkaufen. Kommunale Energieverbände haben ihr Interesse am Erwerb bereits bekundet. In anderen Gemeinden hat man offensichtlich begriffen, dass kommunales Eigentum für die Bürgerinnen und Bürger wichtig ist. Forst wird sich einen Rückkauf seiner Stadtwerke nicht leisten können. Die 1,4 Millionen Euro, die am

Ende des Geschäfts übrig geblieben sind, verschwanden sofort im Haushaltsloch. Wir hatten dies übrigens so vorausgesagt. Der Bürgermeister kann sich daran allerdings nicht erinnern. Übrigens FDP, diese Partei plakatiert doch wirklich die Erhaltung der Landärzte. Das ist die gleiche Partei, die bei jeder passenden Gelegenheit Sozialabgaben und Steuern kürzen will. Ohne Geld im Staatshaushalt können aber weder Sozialleistungen, noch ordentliche Bildung oder gar Sicherheit finanziert werden. Mehr als 90% der Wählerinnen und Wähler sind aber auf solche staatlichen Leistungen angewiesen. Der Normalbürger, selbst wenn er zu den Besserverdienenden gehört, kann diese Leistungen nicht aus eigener Tasche finanzieren. Wer die Gelben wählt, schafft staatliches Handeln ab und hilft damit nur den wirklich Reichen in diesem, unserem Land. Und weil wir nun schon mal bei Wahlen sind, schauen wir doch auch noch zur CDU. Was macht sie eigentlich im Wahlkampf? In Brandenburg wirbt sie für mehr Lehrerstellen. Ich glaube mich zu erinnern, dass unter der Regierung von CDU und SPD die Anzahl der Lehrer deutlich reduziert und viele Schulen geschlossen worden sind, und dies hat nicht nur Konsequenzen in der Bildung. Im Spree-Neiße-Kreis wird der Kreistag am 9. September einen Beschluss fassen,

knapp eine Millionen Euro zusätzlich für die Betreuung von Kindern auszugeben. Dies ist kein Akt sozialer Wohltat, sondern zwingend notwendig. Fast die Hälfte aller Kinder im Kreis können nur noch mit staatlicher Unterstützung betreut werden. In vielen Familien fehlt inzwischen die soziale Kompetenz, Kinder und Jugendliche zu bilden und zu erziehen. Ein wesentlicher Grund dafür ist Arbeits- und Perspektivlosigkeit, vor allem bei jungen Eltern. Wer selbst keine Lebensperspektiven hat, kann auch keine an seine Kinder vermitteln. Statt rechtzeitig in den öffentlichen Beschäftigungssektor zu investieren, bekämpfen wir heute wieder einmal die Folgen. Dies ist eine gesellschaftliche Bankrotterklärung und das Ergebnis einer völlig verfehlten Sozialpolitik. Seit Brandenburg mit Regine Hildebrandt die letzte echte Sozialministerin verloren hat, wird Sozialpolitik in der Regierung nur noch als Kostenfaktor gesehen. Dies muss und wird sich am 27. September ändern. Wer den Sozialstaat braucht, soll und muss ihn auch wählen!

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion **DIE LINKE**
in der SVV Forst

**Eine Kurzfassung
des Bundeswahlprogramms
finden Sie unter**

www.dielinke-lausitz.de/partei/ov_forst

Kohle ohne Ende?

Am 22.08.09 fand im Park 7 eine Wahlveranstaltung mit Landtagskandidaten statt. Organisiert wurde diese Veranstaltung durch die Jugendorganisationen Juso (SPD) und solid (Linke).

Leider kamen nur der Direktkandidat der SPD, Dr. D. Woidke und die Direktkandidatin der LINKEN, Kerstin Nedoma, zu dieser Veranstaltung, alle anderen Parteien hatten abgesagt. Schade, denn die Diskussion wäre sicher noch vielschichtiger und bunter geführt worden.

Jugend, Bildung, Schule und Umwelt standen im Mittelpunkt der Diskussion. Als Moderator stellte sich Christian Müller, Jugendkoordinator für den ländlichen Raum Döbern-Land, vor.

Nach der Vorstellung der Lebensdaten der beiden Kandidaten konnten sich beide zu ihren politischen Ansätzen bezüglich der o. g. Themen äußern, und den jungen Teilnehmern wurde die Möglichkeit eingeräumt, sie interessierende Fragen zu stellen.

Die vorgestellten politischen Ansätze unterschieden sich wesentlich, wobei sich vor dem Hintergrund einer bereits fünfjährigen Amtszeit des Direktkandidaten der SPD allerdings die Frage stellt, hätten nicht viele Probleme schon längst gelöst werden können?

Das Spannungsfeld Kohle – Umwelt wurde ebenfalls diskutiert.



Wir als LINKE gehen davon aus, dass in dieser Diskussion allein nur die Abwägung und Gegenüberstellung von Arbeitsplätzen nicht zielführend ist.

Richtig ist, dass es in der LINKEN differenzierte Auffassungen zur Kohlefrage gibt. Konsequenter sind wir in dem Punkt: »Unsere Welt hat ein Klimaproblem!«.

Der Weg zur Lösung dieses Problems wird in der LINKEN unterschiedlich beantwortet. Eine Mehrheit in der LINKEN, und dazu gehört Kerstin Nedoma, geht von einem Ausstieg aus der Braunkohleförderung bis zum Jahr 2040 aus. Andere Vertreter sagen, wir brauchen umweltfreund-

liche Technologien auch mit der Braunkohle, die uns Zeit zur Lösung des Problems geben.

Einig sind wir uns wieder in der Frage, dass die Senkung des Energieverbrauches dabei eine Schlüsselstellung einnimmt.

Als Fazit bleibt: Unsere Kandidatin ist kompetent, sozial engagiert und Ihre Ansprechpartnerin hier vor Ort. Überzeugen Sie sich selbst.

Mit Ihrer Stimme für Kerstin Nedoma setzen Sie auf Veränderung.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende **DIE LINKE**

Newsletter

Geld aus Ferienjobs nicht auf Hartz IV anrechnen

»Einkommen aus Ferienjobs von Schülerinnen und Schülern dürfen nicht auf Hartz IV angerechnet werden«, fordert der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi. »DIE LINKE bringt noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf ein, der diesen Skandal beendet. Eine derartige Demotivation und Demütigung von jungen Menschen muss unverzüglich beendet werden.« Gysi weiter:

»Führende Politiker der anderen Parteien haben sich in dieser Woche ebenfalls dafür ausgesprochen, dass diese Regelung gekippt wird. Dann dürfte einer zügigen Behandlung am 8. September nichts mehr im Wege stehen. Jetzt müssen CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne Farbe bekennen, ob sie ihren Worten auch Taten folgen lassen.«

22.08.2009 – Gregor Gysi

Der Datenschutz muss ins 21. Jahrhundert gehievt werden

Datenschützer fordern ein spezielles Datenschutzrecht fürs Internet. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»Es geht nicht nur ums Internet. Der gesamte Datenschutz stammt noch aus einer Zeit, da mit dem Bleistift geschrieben und mit der Dampflok gefahren wurde. Deshalb muss er insgesamt ins 21. Jahrhundert gehievt werden.

Hinzu kommt ein weiterer Mangel. Diejenigen, die Daten sammeln, verknüpfen und verhökern, wissen sehr wohl, wo sie lukrative Daten einheimsen können. Viele Bürgerinnen und Bürger indes ahnen nicht einmal, wo ihre Daten alle abgezockt werden: beim Telefonieren, beim Einkaufen, beim Autofahren usw.«

22.08.2009 – Petra Pau

Stillhalteabkommen von Industrie und Regierung ist Wählertäuschung

»Wenn es tatsächlich ein Stillhalteabkommen zwischen Regierung und Industrie gibt, ist das vorsätzliche Wählertäuschung«, kommentiert der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Herbert Schui, einen Bericht der Financial Times Deutschland über »eine Art Stillhalteabkommen zwischen Industrie und Regierung«. Demnach plant die Wirtschaft für die Zeit nach der Bundestagswahl einen Jobkahlschlag. Die Wähler sollen davon aber bis zum 27. September möglichst nichts erfahren. Den MAN-Vorstandsvorsitzenden zitiert die FTD mit den Worten: »Nach der Wahl wird sich die Botschaft ändern. Das ist ganz normal.« Schui: »Es ist keineswegs normal, die Bevölkerung über einen derart gravierenden Vorgang im Unklaren zu lassen. Die Bundestagswahl muss darüber entscheiden, ob die Politik Massentlassungen künftig tatenlos zuschaut oder sie verhindert. DIE LINKE fordert ein Verbot von Massentlassungen in Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind. Notwendig ist ein öffentlicher Zukunftsfonds, um den ökologischen Umbau der Industrie voranzubringen und Arbeitsplätze zu retten.«

24.08.2009 – Herbert Schui

PINNWAND

Termine

(jeweils 18:30 Uhr
in der Geschäftsstelle Berliner Str. 22)

- Di., 08.09.: Fraktionssitzung SVV
- Di., 15.09.: Ortsvorstand
- Di., 22.09.: Fraktionssitzung SVV
- Mo., 05.10.: AG »Malxe-Blatt«
- Mi., 07.10.: AG Soziales (18:00 Uhr)
- Di., 13.10.: Fraktionssitzung SVV

Sonntag, 13.09.09, 13:00 Uhr,
Bürgerzentrum,

**Politischer Frühschoppen
mit Spitzenkandidaten aller Parteien**

Am Sonntag, dem 27. September 09,

treffen wir uns
ab 18.00 Uhr
in der Gaststätte
»Hundehütte«,
um gemeinsam die
**Bekanntgabe
der Wahlergebnisse**
zu verfolgen.

Interessenten, die das
auch lieber in
Gemeinschaft tun
möchten, sind herzlich
willkommen.

Geburtstage

- 25.09.: 85 Jahre, Reinhard Bistrosch
- 19.09.: 80 Jahre, Elfriede Koch
- 02.10.: 68 Jahre, Hannelore Koske

*Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren,
auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*

Bitte vormerken!

**Am 25.09.09 laden wir ab 16:00 Uhr
zum Wahlkampfabschluss
vor unserer Geschäftsstelle auf dem
Max-Seydewitz-Platz ein.**

Sie haben die Möglichkeit, sich mit den
Direktkandidaten der LINKEN
für Land- und Bundestag,
mit Abgeordneten vom Kreistag und
der SVV Forst zu unterhalten
bzw. ihnen Fragen zu stellen.

Für kulturelle Umrahmung und
das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt.

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät am **14. u. 28.09. sowie 12.10.**, ab 10 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.